



Suchergebnisse: Besetzung

März 1096 – Die ersten Kreuzfahrer-Kontingente machen sich auf den Weg

Frankreich * Von einer Woge populärer Begeisterung getragen, machen sich - gegen dem Wunsch des Papstes - die ersten Kreuzfahrer-Kontingente auf den Weg. Die meisten dieser Kreuzzugs-Pilger entstammen dem einfachen Sozialmilieu des Bauernstandes und der Städte. Viele von ihnen verkaufen ihre geringe Habe, um die Reise nicht völlig ohne Barschaft antreten zu müssen. Wegen des dadurch entstandenen Überangebots fallen die Preise dramatisch, sodass sich der Verkauf oft kaum mehr lohnt. Andere lassen einfach alles liegen und stehen und schließen sich einem Pilgerzug in den Nahen Osten an. In den nächsten sechs Jahren folgen etwa 130.000 Frauen und Männer ihrem Beispiel. Aus dem Stand des Adels und der Ritter kommen kaum zehn Prozent der Kreuzfahrer. Allerdings übernimmt diese Gruppierung die Führerschaft und - neben den sie begleitenden Priestern - die Verantwortung für die nachfolgend beschriebenen Judenpogrome. Nach den Beweggründen für die Teilnahme an den Kreuzzügen zu suchen ist müßig. Sie sind nicht rational sondern ideologisch begründet. Die meisten, die den Aufrufen der Päpste folgen, bereuen später ihr - in einer durch Predigt und Propaganda bewusst ausgelösten Atmosphäre religiöser Hysterie - abgelegtes Gelübde. Die meisten dieser am sogenannten „Vor-Kreuzzug“ beteiligten Pilger kommen nicht weiter als bis zum Balkan. Besteht für die Kirche die Rechtfertigung für den „ersten Kreuzzug“ in der Besetzung Jerusalems durch die Muslime, so entfesselt die Kreuzzugsbewegung aber auch gewalttätige Emotionen in eine andere Richtung. Viele der christlichen Kreuzfahrer nehmen, bevor sie sich überhaupt ins „Heilige Land“ aufmachen, erst einmal Rache an den Juden, die - nach ihrer Auffassung - für die „Kreuzigung des Heilands“ verantwortlich sind. Die aus einfachsten Verhältnissen stammenden Kriegsteilnehmer haben bis dahin ein sehr bescheidenes Dasein gefristet und setzen nun als „Wagemutige“ ihre Existenz aufs Spiel. Und dass etliche Juden durch ihre Geschäfte reich geworden sind, steht im krassen Gegensatz zur kirchlichen Doktrin, wonach die Juden als Strafe und Zeugnis für den ihnen zur Last gelegten „Gottesmord“ sichtbar in „Knechtschaft unter den Christen“ leben sollen - und nicht umgekehrt. Da die Kreuzfahrer ihr gegen die Muslime gerichtetes Feindbild und die damit verbundenen Aggressionen problemlos auch gegen die Juden anwenden können, entsteht eines der dunkelsten Kapitel in der eh schon so grausamen Kreuzzugs-Geschichte.

4. Juli 1324 – Albert von Enn wird Bischof von Brixen



Avignon - Brixen - Freising * Albert von Enn wird von Papst Johannes XXII. zum Bischof von Brixen ernannt. Damit endet die Auseinandersetzung um die Besetzung des Freisinger Bischofstuhls, der an Konrad IV. von Klingenberg übertragen wird.

6. Mai 1527 – Der Sacco di Roma beginnt

Rom * Der „Sacco di Roma“ beginnt. Die Erstürmung, Plünderung und Besetzung Roms durch deutsche Landsknechte dauert bis zum 17. Februar 1528. Die Stadt fällt den Landsknechten wie eine reife Frucht in den Schoß, weil die völlig korrupte und seit Jahrzehnten ein Lotterleben führende römische Oberschicht nicht in der Lage ist, sich gegen die enthemmt wütende Soldateska zu wehren. Die Kirchen Roms werden zu Pferdeställen, Bordelle und öffentlichen Toiletten umgewandelt. Die Mätressen, aber auch die Nichten der Kirchenfürsten, die Frauen und Töchter der Fürsten und Herzöge sowie jede Nonne, die sie fangen, vergewaltigten sie und tun das am Liebsten unter dem Hochaltar. Sie notzüchtigten die Damen des Adels im Beisein ihrer Ehemänner, Väter und Brüder. Sie foltern die Häupter der ältesten und reichsten römischen Feudalgeschlechter viele Wochen lang. So lange, bis sie auch die letzten Verstecke verraten, in denen sie ihre Frauen und ihr Gold versteckt haben.

31. Oktober 1561 – Verfassungsrechtliche Verbesserung durch den Albertinischen Rezeß

München * Mit dem Albertinischen Rezeß kommt es zu einer weiteren verfassungsrechtlichen Verbesserung für die Stadt München. Damit werden die Müller, Kalt- bzw. Kupferschmiede und die Bierbrauer der Gerichtsbarkeit der städtischen Obrigkeit unterstellt. Bis zu diesem Zeitpunkt hat dieser Personenkreis eine Sonderstellung eingenommen. Außerdem wird die vermutlich schon vorher tatsächlich ausgeübte Blutgerichtsbarkeit der Stadt durch Herzog Albrecht V. als gegeben hingenommen. Umgekehrt nimmt nun aber der Landesherr verstärkt Einfluss auf die Auswahl und die Besetzung der Stadtrichter. So muss sich der Stadtoberrichter als höchster städtischer Richter, bei seinem Amtsantritt erst den Blutbann vom Herzog übertragen lassen. Damit ist die Doppelbindung des obersten städtischen Juristen an Stadt und Herzog festgeschrieben.

18. Oktober 1566 – Der Freisinger Bischof gibt seine Resignation bekannt

Freising * Da Herzog Albrecht V. seinen zwölfjährigen Sohn Ernst auf einen Bischofsstuhl unterbringen will, gibt der Freisinger Bischof Moritz von Sandizell seine Resignation zugunsten



des Prinzen bekannt. Der schmale Streifen Land der „gefreiten Reichsgrafschaft Ismaning“ ist ein empfindlicher Stachel im Fleisch der Wittelsbacher Besitzungen, das diese mit der Besetzung von Bischofsstühlen durch ihre nachgeborenen Söhne auszugleichen versuchen, um ihren politischen Einflussbereich zu vergrößern und damit die standesgemäße Versorgung ihrer Zweitgeborenen zu erreichen.

1600 – Fragen nach den Ursachen der Armut

München * Unter Herzog Maximilian I. wird erstmals nach den Ursachen der Armut gefragt. Folgende Erkenntnisse fassen die Untersucher zusammen: Verantwortlich für die Armut ist die Überbevölkerung der Städte, die Überbesetzung der Zünfte und Gewerbe, die allzu großen Freiheiten des Handels, die Vernachlässigung der Polizeigewalt und der Verfall der Religion und der Sitten. Das Ergebnis ist die Einführung restriktiver Maßnahmen. Dazu gehören unter anderem Zuzugsbeschränkungen sowie Festnahmen und Einkerkierung von Bettlern und Vagabunden.

31. Juli 1620 – Der Ulmer Vertrag sichert die Besetzung Oberösterreichs

Ulm * Im Ulmer Vertrag wird - durch französische Vermittlung - ein Neutralitätsabkommen zwischen der katholischen Liga und der protestantischen Union geschlossen, das sich aber nicht auf Böhmen erstreckt. Damit ist Herzog Maximilian I. vor einem Angriff der Union sicher und kann mit seinem stattlichen Heer, bestehend aus 24.500 Mann zu Fuß und 5.500 Reiter, vor der oberösterreichischen Grenze aufmarschieren.

7. September 1634 – Kurfürst Maximilian I. will sein Gelöbnis erfüllen

München * Nachdem München von der drohenden Besetzung und Plünderung durch Kontributionen freigekauft werden und das kaiserlich-ligistische und durch spanische Truppen verstärkte Heer in der Schlacht bei Nördlingen am 6. September 1634 einen entscheidenden Sieg über die Schweden erringen konnte, beauftragt Kurfürst Maximilian I. nach seiner Rückkehr eine Kommission zu überlegen, „was es für ein werkh sein [...] möchte“, mit dem er sein Gelöbnis erfüllen könne. Der hochrangige Beraterkreis schlägt die Stiftung eines jährlichen Lobamtes in der Frauenkirche und die Errichtung eines neuen Altars in der entsprechenden Kapelle vor. Sie bewegen sich damit im damals üblichen Rahmen für ein Exvoto.



Juli 1703 – Die Tiroler erheben sich gegen die Besetzung durch die bayerische Armee

Kufstein - Mittenwald * Im Juli und August 1703 erhebt sich das Volk gegen die Besetzung durch die bayerische Armee. Max Emanuel und seine Truppen ziehen sich rasch über Mittenwald zurück.

16. Mai 1705 – Die Kaiserlichen besetzen auch das Rentamt München

München * Nachdem Kurfürstin Therese Kunigunde am 16. Februar 1705 zu ihrer Mutter nach Venedig reiste, besetzen die Kaiserlichen auch das Rentamt München und verweigerten der Kurfürstin die Einreise nach Bayern. 8.000 Soldaten marschieren um 7 Uhr vor den Stadttoren auf und drohen mit Bombardierung. Die Münchner kapitulieren. Zur Besetzung des Rentamtes München kommt es auch deshalb, weil man in München keinen großen Eifer zeigt, die vereinbarten Abrüstungsmaßnahmen aus dem Ilbesheimer Vertrag umzusetzen. Eine Kaiserliche Administration unter Reichsgraf Maximilian Carl von Löwenheim-Wertheim-Rochefort bemüht sich nun um eine ordnungsgemäße Verwaltung des Kurfürstentums Bayern.

16. Dezember 1705 – Treffen der Münchner Aufständischen mit den Oberländern

Königsdorf * Die drei Münchner Wirte Johann Jäger, Johann Georg Küttler und Georg Hallmayr nehmen Verbindung mit den Oberländern auf. In Königsdorf treffen sie sich mit Adam Schöttl, dem „Jägeradam“, und drei Tölzer Bürger, dem Weinwirt Franz Jäger, der Bruder des Münchner Jägerwirts, und den beiden Bierbauern Michael Schaindl und Anton Fiechtner. Man beschließt ein Manifest, das den Aufstand begründen soll: Es sind dies die hohen Steuern und Kriegsumlagen sowie die Quartierlasten und Ausschreitungen der Soldaten; die vertragswidrige Besetzung des Rentamtes München sowie die Verweigerung der Rückkehr der Kurfürstin; die Beschlagnahme kurfürstlichen Eigentums und die befürchtete Deportation der Prinzen. Weil die Landschaftsvertretung die Interessen des Landes nicht ausreichend unterstützt, ist die Vertreibung der „eingedrungenen fremdbden Regierungs Göt“ das einzige Mittel.

7. Februar 1717 – Der Regensburger Bischof Clemens August trifft in Rom ein

Rom * Der 16-jährige Regensburger Bischof Clemens August trifft in Begleitung seines älteren Bruders Philipp Moritz in Rom ein. Sie erhalten eine Audienz beim Papst, unter dessen Aufsicht sie auch studieren dürfen. Die Kontakte zum Papst und der römischen Kurie sollen die



kanonischen Hürden bei der Besetzung von weiteren Bischofsstühlen erleichtern.

24. Juni 1796 – Die Revolutionsarmee überschreitet den Rhein

Frankreich - München * Als Jean-Victor Moreau mit seiner 78.000 Mann starken französischen Revolutionsarmee den Rhein überschreitet, bricht in München eine Panik aus, da man nun eine baldige Besetzung der bayerischen Hauptstadt befürchtet.

1799 – Wichtige kulturelle Werte kommen nach München

Mannheim - Düsseldorf - München * Die Mannheimer „Bibliotheca Pallatina“ sowie die Gemäldegalerie mit ihren bedeutenden Beständen holländischer und französischer Gemälde kommen aufgrund der drohenden Besetzung Mannheims durch die französischen Revolutionstruppen nach München. Schon zuvor hat die Düsseldorfer kurfürstliche Sammlung diesen Weg genommen.

20. August 1802 – Aktiver Widerstand erscheint als nicht angemessen

Salzburg - Mühldorf * Das in Salzburg sitzende Hofratsdirektorium teilt dem Mühldorfer Pfleger Siegmund Christoph von Hartmann mit, dass für eine militärische Besetzung der Stadt keine rechtlichen Grundlagen vorhanden wären und diese einen massiven Rechtsbruch darstellen würde. Doch sei angesichts der Lage ein „aktiver Widerstand nicht angemessen“.

10. Januar 1803 – Das Religionsedikt bringt die Gleichberechtigung

München-Kreuzviertel * Das Religionsedikt bringt die Gleichberechtigung von Katholiken, Lutheraner und Reformierten. Aus Anlass der Aufnahme fränkischer und schwäbischer Gebiete in den immer größer werdenden bayerischen Staat kommt es zu nachstehenden Bestimmungen: „Bei künftiger Besetzung der Staatsämter werden Wir nur auf die Würdigsten, ohne Unterschied der im deutschen Reiche eingeführten drei christlichen Religionen [gemeint sind die Katholiken, Lutheraner und Reformierten] den landesväterlichen Bedacht nehmen. Keinem unserer Untertanen, von welcher Konfession er sei, soll je etwas zugemutet werden dürfen, welches seiner Religions- oder Gewissensfreiheit entgegen wäre.“ Doch der Mann, der die positive Entwicklung der evangelischen Kirche in Bayern bremsen wird, steht in der Person des



Kronprinzen Ludwig I. schon bereit.

29. November 1805 – Baierische Truppen übernehmen die Besetzung Tirols

Tirol * Baierische Truppen übernehmen die Besetzung Tirols.

7. Dezember 1816 – Der päpstliche Konkordatsentwurf wird für unannehmbar erklärt

München * Der päpstliche Konkordatsentwurf wird für „unannehmbar“ erklärt. Noch während der Regierungszeit des Grafen von Montgelas wurden Verhandlungen mit der päpstlichen Administration über die Neuordnung der Kirchenverhältnisse in die Wege geleitet. Anno 1807 stellte man die Gespräche ein, bis im Jahr 1816 der Bayerische Gesandte beim Heiligen Stuhl, Bischof Kasimir Freiherr von Häfflein, in neue Konkordats-Verhandlungen eintrat. Da aber die Positionen der bayerischen Regierung und dem wieder erstarkten, selbstbewussten Papsttum nur schwer zu vereinbaren sind, schlägt Bayern als einzigen Gegenstand der Verhandlungen die Neufestsetzung der Diözesangrenzen und die Regelung zur Besetzung der Bischofsstühle vor.

Die Grenzen der Diözese stimmen nicht mit den Landesgrenzen überein, weshalb Bayern eine geschlossene territoriale Kirchenorganisation will und auf einen maximalen Einfluss bei der Besetzung der Bischofsstühle und damit indirekt auch auf die Pfarreien drängt. Eine Preisgabe der bisher ausgeübten staatlichen Kirchenhoheit kommt für die Regierung Montgelas nicht in Frage.

2. Februar 1817 – Die Konkordats-Verhandlungen nehmen einen völlig anderen Verlauf

München - Rom-Vatikan * Als Minister Maximilian Joseph von Montgelas gestürzt wird, nehmen die Konkordats-Verhandlungen einen völlig anderen Verlauf.

5. November 1821 – Lothar Anselm Freiherr von Gebstättel ergreift Besitz

München-Kreuzviertel - Freising * Bischof Lothar Anselm Freiherr von Gebstättel ergreift feierlich Besitz von der Metropolitankirche Zu Unserer Lieben Frau, von seinem Erzbistum, aber auch von seiner Erzbischöflichen Residenz, dem Palais Holnstein.

16. Juni 1832 – Bayerische Truppen marschieren in Richtung Pfalz



Pfalz * Bayerische Truppen, bestehend aus 8.000 Soldaten, marschieren zur Besetzung in die Pfalz ab.

16. Februar 1847 – Verärgert entlässt König Ludwig I. das gesamte Kabinett

München * Die Veröffentlichung des Memorandums von Karl August von Abel in der Augsburger Allgemeinen Zeitung verärgert den starrsinnigen König derart, dass er in seiner Empörung die vier aufsässigen Minister entlässt. Für die Ultramontanen um Minister Karl August von Abel kommen jetzt liberale Männer in Amt und Würden. Man spricht jetzt vom „Ministerium der Morgenröte“. Mit der Neubesetzung der Ministerien steht der Ernennung der Señora Lola Montez zur Gräfin Maria von Landsfeld nichts mehr im Weg. Immerhin ist es den deutschen Landesfürsten seit dem Jahr 1806 möglich, selbst Adelsbriefe auszustellen. Auch König Ludwig I. macht von dieser Regelung regen Gebrauch und adelt seine Künstler reihenweise - bezahlt sie dafür aber schlecht;

15. Februar 1871 – Weitreichende deutsche Forderungen

Bordeaux - Versailles • Die deutschen und die französischen Verhandlungsführer einigen sich auf eine Verlängerung des Waffenstillstands bis zum 26. Februar und weiten ihn auf ganz Frankreich aus. Das Deutsche Reich forderte von Frankreich das Elsass und Teile von Lothringen, dazu eine Entschädigung von sechs Milliarden Goldfranc sowie eine Parade der deutschen Truppen in Paris. Die Besetzung der Stadt sollte bis zur Unterzeichnung eines vorläufigen Friedensvertrages anhalten. Bis zur Abwicklung der vollständigen Zahlung - vorgesehen ist der 2. März 1874 - sollen deutsche Truppen stationiert bleiben und Teile des Landes besetzen;

1878 – Jeder Vortrag in einem „Tingeltangel“ muss polizeilich genehmigt werden

Berlin * In einer Reichspolizeiverordnung wird festgelegt, dass jeder Vortrag in einem „Tingeltangel“ polizeilich genehmigt werden muss, dass diese Genehmigung nur für ein bestimmtes Lokal gilt und dass die Erlaubnis zudem zurückgezogen werden kann. Außerdem wird die Aufführung von Dramen, Lustspielen, Possen, Opern, Operetten, Sing- und Liederspielen, Tänzern und Balletts als unzulässig erklärt. Nur Gesangs- und Deklamationsstücke mit einer Besetzung von höchstens zwei Personen sind erlaubt. Die Vortragenden Personen dürfen aber nur in bürgerlicher Kleidung (Gesellschaftsanzug) auf der



Bühne erscheinen. Alle Vorträge im Kostüm sind verboten. Als Ausnahme wird der Auftritt im „wirklichen Nationalkostüm“ (Tracht) genehmigt. Auch Kulissen, Vorhänge und jede Art von Requisiten werden von der Bühne verbannt. Außerdem durften die vorgetragenen Gesangs- und Deklamationsstücke in Inhalt und Vortragsweise nicht gegen die Religion, die Sittlichkeit, die staatlichen Einrichtungen, den öffentlichen Anstand und die öffentliche Ordnung verstoßen. Die Vorträge dürfen frühestens um 18 Uhr beginnen und müssen spätestens um 23 Uhr beendet sein.

15. November 1884 – Die Kongo-Konferenz legt die Abgrenzung der Besitzstände fest

Berlin * Im Reichskanzler-Palais in Berlin, dem ehemaligen Hôtel Radziwill, findet unter dem Vorsitz von Otto von Bismarck eine internationale Konferenz, bei der es um Lösungen von Konflikten geht, die im Zusammenhang mit dem Wettlauf um Afrika stehen. Dreizehn europäische Staaten, die USA und das Osmanische Reich beteiligen sich an der sogenannten Kongo-Konferenz. Es geht dabei um die Festlegung von Kriterien für die völkerrechtliche Anerkennung von Kolonialbesitz. Immerhin waren in etwas mehr als zwei Jahrzehnten über zehn Millionen Quadratmeilen afrikanischen Bodens und mindestens einhundert Millionen Afrikaner unter europäische Herrschaft gelangt. Um die Besetzung der restlichen Gebiete und der abschließenden Abgrenzung der Besitzstände geht es auf dieser Konferenz. Das Ergebnis sind die wie mit dem Lineal gezogene Demarkationslinien, wobei die Grenzen oft quer durch die Lebensräume einheimischer Ethnien verlaufen. Afrika wird als herrenloses Land definiert, das nunmehr als Kronland und Eigentum europäischer Staaten an Kolonialgesellschaften, Konzessionäre und Siedler vergeben werden kann. Damit folgt die schrittweise Verdrängung der Eingeborenen aus ihren Wohn- und Lebensgebieten bis hin zur Eingrenzung in Reservate. Zu dieser Konferenz ist kein einziger afrikanischer Vertreter eingeladen worden und die Souveränitätsrechte der betroffenen Staaten werden schlicht ignoriert. Wozu auch, es geht doch den europäischen Mächten um so hehre Ziele wie den Zivilisationsauftrag und die Verbesserung der „sittlichen und materiellen Wohlfahrt der eingeborenen Völkerschaften“. Die Kongo-Konferenz endet mit der Verabschiedung einer Generalakte am 26. Februar 1885.

5. November 1917 – Die russische Regierung lässt bolschewistische Zeitungsbüros besetzen

Petersburg * Die russische Regierung befiehlt die Besetzung bolschewistischer Zeitungsbüros. Sie löst damit den bewaffneten Aufstand der Bolschewiken aus.



30. Oktober 1918 – Das Osmanische Reich kapituliert

Lemnos * Das Osmanische Reich kapituliert. Die neue Regierung unter Ahmed Izzet Pascha schließt den Waffenstillstand von Moudros zwischen der Türkei und der Entente. Der Vertrag sieht nicht nur eine alliierte Besetzung der bisherigen arabischen Provinzen, sondern auch der Meerengen und großer Teile Anatoliens vor. Der Krieg im Nahen Osten ist damit beendet.

8. November 1918 – Eine Provisorische Bayerische Regierung wird gebildet

München-Kreuzviertel * Um 15:38 Uhr tritt der Provisorische Nationalrat des Volksstaats Bayern zu seiner zweiten Sitzung zusammen, um eine Provisorische Bayerische Regierung zu wählen. Eisner schlägt folgende Zusammensetzung der Regierung vor: Das Ministerium des Äußeren und damit das Präsidium übernimmt Kurt Eisner selbst. Vizepräsident und Kultusminister wird der Mehrheitssozialdemokrat Johannes Hoffmann. Ebenfalls MSPD sind der Minister für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter, und der Justizminister Johannes Timm. Das Innenministerium erhält der Vorsitzende der bayerischen Mehrheitssozialdemokraten, Erhard Auer. Das Verkehrsministerium überträgt Eisner einem bürgerlichen Fachmann: Heinrich von Frauendorfer. Das Ministerium der Finanzen vertraut Eisner dem Professor für Staatswissenschaften, Edgar Jaffé an, der den Unabhängigen nahe steht. Das neu geschaffene Ministerium für soziale Angelegenheiten leitet der Unabhängige Sozialdemokrat Hans Unterleitner. Die Benennung Erhard Auers zum Innenminister ruft neben Beifall auch Unmutsäußerungen hervor. Bei der Abstimmung erhält Auer eine überwiegende Mehrheit. Eisner will mit Auers Ernennung seinen schärfsten Gegner unter Kontrolle bringen. Daneben ist ihm bewusst, dass die MSPD die Nichtbesetzung des Innenministeriums mit ihrem Vorsitzenden als Affront empfunden und sich möglicherweise mit der Bourgeoisie gegen die Revolutionsregierung verbünden würde. Auer dagegen kann der MSPD dadurch den Einfluss auf die kommenden Ereignisse sichern. Das Landwirtschaftsministerium wollte Eisner ursprünglich mit einem revolutionären Bauernbündler besetzen. Doch das kann Erhard Auer verhindern. Es wird nicht gebildet, da der MSPD-ler darin eine Beschneidung seines Ressorts sieht und er dem Eisner-nahen Bayerischen Bauernbund - BBB kein zusätzliches Machtinstrument an die Hand geben will.

10. November 1918 – Großveranstaltung der Beamten im Bavariakeller

München-Ludwigsvorstadt * 15.000 bis 18.000 folgen der Einladung des Ausschusses der Vereinigten Verkehrsverbände zur Kundgebung in den Münchner Bavariakeller. Dieser kann die



Massen nicht aufnehmen, sodass gleichzeitig drei Kundgebungen abgehalten werden müssen: Eine im Bavariakeller, zwei im anschließenden Garten. Dem Forderungskatalog voraus steht das Bekenntnis: „Die bayerischen Verkehrsangehörigen fügen sich der bestehenden Regierungsgewalt ein. Sie betrachten das Volkswohl als ihr oberstes Gesetz und geloben, ihm ihre volle Kraft zu widmen“. Gefordert wird: „Bildung eines Rates der Verkehrsangehörigen durch die Vereinigten Verbände, der dem Verkehrsministerium beizuordnen ist, Besetzung der oberen leitenden Beamtenstellen der Verkehrsverwaltung nur im Einvernehmen und mit Zustimmung dieses Rates, alle sozialen und volkswirtschaftlichen für das Personal sind nur gemeinsam mit dem Rate zu treffen, sofortige Aufnahme von Vertrauensmännern des Personals in den Arbeiter- und Soldatenrat, achtstündiger Arbeitstag und sechstägige Arbeitswoche.“ Die Entschließung wird sofort dem Arbeiter- und Soldatenrat zugeleitet.

15. November 1918 – Kurt Eisners Regierungsprogramm

München * Die von der Regierung des Volksstaates Bayern veröffentlichte Kundgebung trägt unverkennbar die schwärmerisch-idealistische Handschrift von Kurt Eisner. Der Aufruf „An das bayerische Volk“ mit seinen konkreten Hinweisen wird von den Zeitgenossen „wegen der realistischen Zustandsbeschreibung und der Ausgewogenheit der darin angekündigten Maßnahmen“ als offizielles Regierungsprogramm verstanden und findet selbst bei der bürgerlichen Presse positive Aufnahme. Darin wird einerseits die volle Freiheit der Religionsgesellschaften und die Ausübung ihres Kultus gewährleistet. Andererseits fordert Eisner die gleiche Freiheit für die Schule wie für die Kirche. Ein neues Volksschulgesetz mit fachmännischer Schulaufsicht wird darin angekündigt. Das bedeutet die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht und damit die Ausschaltung des bisherigen starken kirchlichen Einflusses auf das Schulwesen. Neu stellen sich auch die Fragen der staatlichen Alimentierung, der steuerlichen Behandlung und dem öffentlich-rechtlichen Charakter der Kirche sowie der Besetzung der Bischofsstühle und der Pfarreien.

27. November 1918 – Kurt Eisners Vorschläge für ein provisorisches Reichspräsidium

München - Berlin * In einem Telegramm an den bayerischen Gesandten in Berlin, Dr. Friedrich Muckle, übermittelt Kurt Eisner seinen Besetzungsvorschlag für das von ihm auf der Ministerpräsidenten-Konferenz vorgeschlagene provisorische Reichspräsidium. Darin schlägt er - neben sich selber - vor: die Mitglieder im Rat der Volksbeauftragten Hugo Haase, Wilhelm Dittmann, Karl Kautsky [alle USPD] und den parteilosen Diplomaten Johann Wilhelm Muehlon. Keiner der Vorgeschlagenen gehört der MSPD an. Der Sitz des Gremiums soll in München sein.



10. Dezember 1918 – Der Putsch der OHL wird vertagt

Kassel * Die Oberste Heeresleitung - OHL schreckt vor einer militärischen Besetzung Berlins - ohne die Zustimmung oder gar gegen den Widerstand des Reichskanzlers Friedrich Ebert - in letzter Minute zurück. Der Putsch wird vertagt.

23. Dezember 1918 – Die Reichskanzlei wird besetzt, Volksbeauftragte festgenommen

Berlin * Etwa zur selben Zeit erhalten die Matrosen, die am Reichskanzlerpalais Wache stehen, den Befehl, die Fernsprechzentrale der Reichskanzlei zu besetzen, die Ausgänge zu verriegeln und die Volksbeauftragten festzunehmen. Rund drei Stunden später wird die Besetzung wieder aufgehoben.

23. Dezember 1918 – Missverständnisse ausgeräumt und Lösungen gefunden

Berlin * Als die Truppen des Generalkommandos gegen 22 Uhr eintreffen sind in Verhandlungen Missverständnisse ausgeräumt und Lösungen gefunden. Auch die Freilassung von Otto Wels und seinen mitgefangenen Mitarbeitern ist besprochen. Es herrscht Einigkeit. Aber die Truppen des Generalkommandos wollen den Kampf.

25. Dezember 1918 – Die MSPD-Parteizeitung Vorwärts wird von Demonstranten gestürmt

Berlin * Weil das MSPD-Parteiorgan Vorwärts Kritik am Verhalten der Volksmarinedivision äußert, endet eine Demonstration mit der Besetzung der Zeitung. Die Besetzer richten einen provisorischen Redaktionsstab ein. Dieser lässt ein Flugblatt drucken, das dass „lügerische Reptil“ Vorwärts von nun an als „Roter Vorwärts“ erscheinen und der Bevölkerung „die heiß ersehnte Wahrheit verkünden“ wird.

13. Januar 1919 – Freikorps-Truppen rücken in Berlin ein

Berlin * Die um Berlin stationierten Freikorps rücken in die Stadt ein, insgesamt etwa 3.000 Mann. Die größte Einheit ist die Garde-Kavallerie-Schützen-Division. Die Berliner Zeitungen begrüßen den Einzug als Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung. Der militärischen Besetzung folgen erhebliche Gewaltexzesse der rechtsgerichteten Truppen.



18. Januar 1919 – Nuntius Pacelli soll noch nicht zurückkehren

München * Als Erzbischof Michael von Faulhaber von Lorenzo Schioppa, der rechten Hand des Nuntius Eugenio Pacelli, nach der Wahl der Nationalversammlung gefragt wird, ob der Nuntius aus der Schweiz wieder nach München zurückkehren könne, antwortet Faulhaber: „Nach Lage der Dinge wird Ministerpräsident Eisner sofort wieder versuchen, eine amtliche Verbindung mit Monsignore Pacelli zu gewinnen, und die bayerischen Bischöfe werden in dieser Verbindung eine Legitimierung der Revolutionsregierung und ein Ärgernis für das ganze Land erblicken. Die bayerischen Bischöfe haben sich nämlich damals geweigert, die früheren königlichen Konkordatsrechte (z.B. bei Besetzung der Pfarreien) ohne weiteres auf die neue Regierung zu übertragen, und haben deshalb die Verhandlungen mit der Regierung abgebrochen. Für die kirchenpolitische Lage in Bayern wäre es verhängnisvoll gewesen, wenn damals auch nur der Schein amtlicher Beziehungen zwischen dem auswärtigen Ministerium und der Nuntiatur entstanden wären.“

4. März 1919 – Angebliche Pöbelhaufen greifen Regierungstruppen an

Berlin * Das Wolff'sche Telegraphenbüro berichtet über einen Pöbelhaufen, der auf dem Alexanderplatz mehrere Regierungssoldaten angreift. Sieben Soldaten sind angeblich spurlos verschwunden. Auch in anderen bürgerlichen Zeitungen mehren sich die Berichte über marodierende Pöbelhaufen, in denen die Gefährlichkeit der Streikenden hervorgehoben werden. Die Zeitungen werden hauptsächlich aus der Propagandazentrale des Kommandos Lützow mit Informationen versorgt. General Walther von Lüttwitz ist Gustav Noskes ranghöchster militärischer Befehlshaber. Er und sein Stab haben bereits Pläne für die militärische Besetzung Berlins ausgearbeitet. Dazu gehört auch die psychologische Kriegsführung und die Propaganda.

7. April 1919 – Die Ausrufung der Räterepublik Baiern funktioniert reibungslos

München - Freistaat Bayern * Die Ausrufung der Räterepublik Baiern funktioniert in den Behörden reibungslos, die Besetzung und Übernahme der Zeitungsverlage geht überwiegend friedlich und widerstandslos vonstatten, Polizei und Militär verhalten sich ruhig und bekennen sich zur Räterepublik, KPD und SPD bleiben bei ihrer abwartenden Haltung und stellen sich den Ereignissen nicht entgegen.



9. April 1919 – Linke Kritik an der Räteregierung

München * In der Münchner Roten Fahne erscheint ein Artikel von Eugen Leviné, in dem er die Politik der Räteregierung scharf angreift: „Alles wie sonst. In den Betrieben schufteten und fronen die Proletarier nach wie vor zugunsten des Kapitals. In den Ämtern sitzen nach wie vor die [...] kgl. Wittelsbacher Beamten. An den Straßen die alten Hüter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit dem Schutzmannssäbel. Kein bewaffneter Arbeiter zu erblicken. Keine roten Fahnen. Keine proletarische Besetzung in den Machtpositionen der Bourgeoisie. Noch liegen die Kapitale in den Safes der Banken. Noch klappern die Kuponscheren der Kriegsgewinnler und Dividendenjäger. Noch üben in den Gerichten die königlichen Landgerichtsräte Klassenjustiz. Alles wie sonst. Noch rattern die Rotationsmaschinen der kapitalistischen Presse und speien ihr Gift und ihre Galle, ihre Lügen und ihre Verdrehungen in die nach revolutionären Kampfworten begierige Menge. Alles wie sonst. Nur an den Straßen von Wind und Regen zerfetzte Plakate: ‚Nationalfeiertag!‘ steht darauf! Nationalfeiertag! Nicht proletarischer Feiertag. Nicht internationaler Feiertag. Von der Nation sprechen sie, der einigen Nation der Arbeiter und Kapitalisten. [...] Sie sitzen zusammen im Wittelsbacher Palais und dichten Dekrete. [...] Räterepublik ohne Räte. Proletarische Diktatur ohne Proletariat. Volksbeauftragte ohne Auftrag des arbeitenden Volkes. Ein Projekt der Roten Armee ohne Beihilfe des Proletariats, Sozialisierungsprojekte ohne wirkliches Eingreifen der Macht. Angebliche Siege ohne Kämpfe. Revolutionäre Phrasen ohne revolutionären Inhalt, revolutionäre Worte ohne revolutionäre Taten.“

9. April 1919 – Außenminister Dr. Franz Lipp unterschreibt seinen Rücktritt

München * Das Telegraphenamt leitet Dr. Franz Lipps Telegramme vom 7. und 8. April zwar weiter, doch die Kontrollbeamten informieren den Revolutionären Zentralrat vom Inhalt der Schreiben. Die von Ernst Toller umgehend eingeleiteten Nachforschungen ergeben, dass sich Lipp schon mehrmals in psychiatrischer Behandlung befunden hatte. Toller schreibt: „Zweifelloos, Lipp ist wahnsinnig geworden. Wir beschließen, ihn sofort in eine Heilanstalt zu überführen. Um Aufsehen in der Öffentlichkeit zu vermeiden, muss er freiwillig seinen Rücktritt erklären.“ Dr. Lipp wird seinen Rücktritt mit den Worten: „Was tue ich nicht für die Revolution“ unterschreiben. Damit ist die Fehlbesetzung mit dem psychisch kranken Außenminister, der den Anforderungen an sein Amt nicht gewachsen ist, schnell erledigt worden. Dennoch wird sich der Fehlgriff bei der Besetzung des Postens als schwerer Schlag für das Ansehen der Räterepublik erweisen.

26. April 1919 – Mit gefälschten Freisfahrtsscheinen nach Eichstätt



München-Isarvorstadt - Eichstätt * Vom 18. April bis zur Besetzung der Thule-Büros im Hotel Vier Jahreszeiten und der Verhaftung der noch in München verbliebenen Thule-Mitglieder am 26. April werden weit über 500 Personen zum Teil mit gefälschten Freifahrtscheinen aus München ausgeschleust und nach Eichstätt gebracht. Unter den Reisenden befinden sich auch Rudolf Heß und der Berufssoldat Ernst Röhm, der sich dem Freikorps Epp anschließen will. In kürzester Zeit ist das Freikorps Oberland zu einem voll bewaffneten Regiment mit 250 Mann ausgebaut.

27. April 1919 – Besetzungs-Befehle des Reichswehrtruppenkommandos

Freistaat Bayern * Auf Befehl des Reichswehrtruppenkommandos sind Generalleutnant Ernst von Oven alle bayerischen und württembergischen Truppen einschließlich des Freiwilligen Bayerischen Schützenkorps unter Oberst Franz Ritter von Epp unterstellt.

14. Januar 1923 – Pater Rupert Mayer spricht gegen die Besetzung des Ruhrgebiets

Maxvorstadt * Pater Rupert Mayer spricht auf dem Königsplatz vor 10.000 Menschen gegen die Besetzung des Ruhrgebiets durch französische Truppen.

1924 – Das bestbezahlte Revuegirl der Welt

New York * Bei der am Broadway aufgeführten Komödie „Chocolate Dandies“ ist Josephine Baker auf der Besetzungsliste als „das bestbezahlte Revuegirl der Welt“ aufgeführt. Sie verdient 125 \$ in der Woche und tanzt eine Solonummer. Als selbstironischer Clown hat sie sich ein Alleinstellungsmerkmal ertanzt. Mit dieser Revue gelingt ihr auch der erfolgreiche Sprung nach Europa.

10. März 1933 – Hausdurchsuchung im Maximilianeum durch SA-Leute

München-Haidhausen * SA-Leute führen im Maximilianeum eine Hausdurchsuchung durch. Ihr Augenmerk fällt zunächst auf die Bayernwehr, die im Maximilianeum Räume belegt hatte. Sie beschlagnahmen die dort gefundenen Übungsgewehre. Weitere Durchsuchungen und Besetzungen durch Polizei, SA und Stahlhelm folgen. Vor dem Eingang des Maximilianeums stehen seither Posten, die die Stipendiaten nur nach Abgabe einer Parole durchlassen. Eine Intervention beim Kultusminister Hans Schemm, der zugleich Gauleiter ist, führt zum Abzug der



SA-Posten. Außerdem gibt er Weisung, dass „das Maximilianeum in jeder Weise zu schützen sei“. Er fördert auch die Erneuerung der Außenfassade des Maximilianeums an der Westseite.

Februar 1935 – Eine politisch motivierte Säuberung des Kuratoriums

Berlin - München-Haidhausen * Das Kultusministerium teilt dem Kuratoriumsvorsitzenden mit, dass „eine Umbildung, insbesondere Verjüngung des Kuratoriums“ bevorsteht. Seine Neubesetzung mit parteinahen Nationalsozialisten ist die Grundvoraussetzung für die anschließende Verdrängung des Stiftungsvorstands des Maximilianeums, Professor Hans Rheinfelder. Es folgt eine politisch motivierte Säuberung des Kuratoriums. Man will mindestens drei Mitglieder dieses Gremiums vorzeitig ihres Amtes entheben. Das geht aber nur, wenn die Betroffenen von sich aus ihren Rücktritt erklären. Anton Dyroff und Walter Lotz sind bereits über 68 Jahre alt und sollen deshalb aus Altersgründen pensioniert werden. Wilhelm Freiherr von Pechstein vertritt eine konservative, strikt gegen den Nationalsozialismus und besonders seine Kirchenpolitik gerichtete Einstellung. Hinzu kommt später noch Aloys Fischer, der mit einer nichtarischen Frau verheiratet ist.

Januar 1960 – Hans Ehard wird Bayerischer Ministerpräsident

München * Nachdem Hanns Seidel aus Gesundheitsgründen zurücktreten muss, übernimmt erneut der inzwischen 72-jährige Hans Ehard das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten. Ansonsten ändert sich an der personellen Besetzung des Kabinetts nichts.

1976 – Die „Münchner Lach- und Schießgesellschaft“ wird wieder gegründet

München-Schwabing * Die „Münchner Lach- und Schießgesellschaft“ wird wieder gegründet und tritt in wechselnden Besetzungen auf.

11. Dezember 1985 – Die Rodung des Taxöldener Forstes beginnt

Wackersdorf * Nachdem der Bayerische Verwaltungsgerichtshof am Vortag einen Eilantrag gegen den Sofortvollzug der Genehmigung zurückgewiesen hat, beginnt die DWK mit der Rodung des Baugeländes im Taxöldener Forst. Ein massives Polizeiaufgebot sichert die Arbeiten gegen Proteste und Besetzungsversuche. Damit beginnt die sichtbare Umsetzung des



WAA-Projekts.

28. April 2014 – Siegfried Able übernimmt das ehemalige Hippodrom als Marstall

München-Theresienwiese * Der Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft befasst sich mit der Frage, wer die Nachfolge für Ex-Wiesnwirt Sepp Krätz im Hippodrom antreten soll. Sepp Krätz war am 28. März von der Wirtschaftsstrafkammer am Landgericht München I in 36 Fällen wegen Steuerhinterziehung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe von 570.000 Euro verurteilt. Seine Schanklizenz für den Andechser am Dom hat er bereits verloren, das selbe Verfahren für die Waldwirtschaft in Großhesselohe wird im Mai angeschlossen. Das Wirtzelt wird Siegfried Able, der bisherige Wirt der Kalbskuchl auf der Wiesn, übernehmen. Er ist Betreiber des See-Biergartens Lerchenau mit 1.200 Plätzen, des Eiszaubers am Stachus und seit 2008 auch der Kalbskuchl. Zudem gehören ihm Pizza-Stände im Stachus-Untergeschoss und im Hauptbahnhof, in Letzterem auch der Süßigkeitenstand Münchner Zuckerl. Im Tierpark Hellabrunn hat er einen Biergarten, ein Café und einen Fish-and-Chips-Stand. Siegfried Able wird das Hippodrom in Marstall umbenennen. Auch das Festzelt wird vollkommen neu gestaltet. Seine Kalbskuchl mit 300 Plätzen übernimmt Erich Hochreiter, der Wirt des Biergartens am Viktualienmarkt. Der Besetzung des Wirtzeltes auf der Wiesn gehen hinter den Kulissen heftige Auseinandersetzungen. Deutlich und laut fällt die Kritik an dem seit 1980 praktizierten Vergabesystem der Stadt aus, das zwar korrekt abgewendet worden sei, aber aus einer Zeit stammt, als Volksfeste noch ein reines Reisegewerbe waren. Unangenehm heftig fällt die Kritik des Sprechers der Wiesnwirte, Toni Roiderer, aus. Für ihn ist der „Emporkömmling“ Siegfried Able nur ein „Kioskbetreiber“, der nie „Wunschkandidat“ war. Die etablierten Wiesnwirte wollen sogar ernstlich prüfen, ob sie ihn überhaupt in ihrem Kreis aufnehmen wollen.